

DAS NEUE NIEDERSÄCHSISCHE POLIZEIGESETZ

Das geht uns alle an

von Thomas Ganskow,
Stellv. Vorsitzender der Piratenpartei
Niedersachsen

Was haben Umweltschützer, Datenschutzaktivisten und Fußballfans gemeinsam? Nichts, mag man auf den ersten Blick denken. Einiges, wenn man ein wenig tiefer guckt. Denn der Entwurf des neuen Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsgesetzes (NPOG) betrifft jeden von ihnen – und auch alle anderen Menschen. Deshalb haben sich diese mit insgesamt über 130 weiteren Gruppen im Bündnis gegen das NPOG zusammengefunden, um über diesen Gesetzesentwurf aufzuklären und dagegen zu demonstrieren.

Versamlungs- und Demonstrationsfreiheit?

Bereits bei der Wahrnehmung des Demonstrationsrechts könnte zukünftig das neue Gesetz Anwendung finden, denn der Protest beispielsweise gegen die Abholzung des Hambacher Forsts ist – genauso wie der gegen Atommülltransporte – ein politischer Inhalt, der sich gegen den Staat richtet. Und einmal bei einer solchen Aktion polizeilich in Erscheinung getreten, landet man schnell auf der Liste derer, von denen vermeintlich eine Gefahr für den Staat ausgeht.

Gewaltenteilung?

Da ist es dann nicht mehr weit, bis man im Vorfeld einer ähnlichen Aktion Besuch von der Polizei bekommt. Die Folgen könnten ein Platzverbot für die nächste Aktion sein – ohne dass sich ein Richter den Sachverhalt



Mehr Rechte und mehr Macht für die Polizei bedeuten weniger Rechte für Bürger_innen.

FOTO: PIKABAY / FSHH

angesehen hat – möglich auch verbunden mit einer Meldeauflage, damit sichergestellt ist, dass man auf keinen Fall dort hingehen kann.

Den Fußballfan betrifft genau dies, wenn es darum geht, das Aufeinandertreffen mit vermeintlich verfeindeten Fans anderer Vereine zu verhindern. Wenn man dann völlig unbeabsichtigt in die Nähe der unterschiedlichen Gruppen kommt, wird man diesen schnell zugerechnet. Nicht umsonst sind daher die Fans von Eintracht Braunschweig und Hannover 96 gemeinsam im Bündnis aktiv.

Privatsphäre?

Doch damit nicht genug: In Zukunft soll es den Polizeibehörden auch ganz offiziell gestattet sein, bekannte Lücken in Betriebssystemen auf Smartphones oder Laptops auszunutzen und über diese Spionageprogramme zu installieren, um eMails mitzulesen oder den Verlauf von Webseitenaufrufen nachzuverfolgen. Umgangssprachlich wird das als

Einsatz von Staatstrojanern bezeichnet. Es ist nichts anderes als das, was Trojaner nutzende Cyberkriminelle tun, die über die gleichen Lücken Schadsoftware aufspielen und damit zum Beispiel Festplatten verschlüsseln. Statt seine Bürger davor zu schützen, will sich der Staat der gleichen Methoden bedienen.

Unschuldsvermutung?

Bei wem vermutet wird – wohlgermerkt: vermutet –, dass er schwere Straftaten begeht, der kann für maximal 74 Tage in Gewahrsam genommen werden. Erst nach 30 Tagen guckt sich ein Richter das erste Mal den Sachverhalt an und entscheidet, ob der Gewahrsam verlängert wird. Rechtsmittel dagegen oder auch nur die Kontaktierung eines Anwalts sind nicht vorgesehen. Man verschwindet einfach – wie in einem Polizeistaat. Ja, man taucht vielleicht später wieder auf, aber wer 30 Tage unentschuldigt bei seinem Arbeitgeber fehlt, ist mindestens seinen Job los. Und mit dem Fleck im Lebenslauf, derartigen Repressionen ausgesetzt worden zu sein, verliert man auch schnell seine Wohnung und seine Kreditwürdigkeit.

Zusammengefasst lässt sich sagen: Unschuldsvermutung? Gibt es dann nicht mehr. Gewaltenteilung zwischen Judikative und Exekutive? Aufgehoben. Private Kommunikation? Kann jederzeit mitgelesen werden. Versamlungs- und Demonstrationsrecht? Bitte nur noch für die Regierenden.

Wer also seine Freiheit liebt, der ist bei #noNPOG mit dabei. ◀


Ecki's


**SCHWALBE
AIRLESS
SYSTEM®**

kleine Fahrrad-Welt

Fahrräder · Zubehör · Service · Hol- und Bringdienst

100% Sorgenfrei: keine Luft, keine Platten, kein Stress
NIE WIEDER PUMPEN!

Ab sofort bei uns zu bekommen!

Oststraße 2c · 38122 BS-Broitzem · Tel. 8667451 · www.fahrrad38.de